



BETRIFFT FRIEDEN Nr. 1 / 2020

MARSCHIEREN UND RÜSTEN IN ROT-WEISS-ROT

Das Regierungsprogramm fordert „neue Konzepte“. Höchste Eisenbahn für eine Grundsatzdebatte

Helmut Qualtinger meinte, Österreich ist ein Labyrinth, in dem sich jeder auskennt. Das Verwirrende am Militärbudget Österreichs sind die Zahlen. Das EU-Institut für Sicherheitsstudien belegt einen beachtlichen Aufwärtstrend beim österreichischen Heer, nämlich um 17,2 % von 2016 bis 2018. Auch das renommierte Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI weist mit offiziellen Zahlen der Republik von 2015 bis 2018 eine Budgetsteigerung um 18,7 % nach. Nur das Heer selbst redet sich budgetär krank und kränker.

Labyrinthisch ist auch das Aufgabenfeld. Hier gibt es – grobschlächtig betrachtet – zwei Blickwinkel. Alles ist gefährlich und gefährlicher, woraus sich bei Truppen und Rüstung folglich ein Fass ohne Boden aufbaut. Herausforderungen zu Gott und der Welt wurden in den letzten Jahren versicherheitlicht und der Armee zugeteilt. Auf den uneindeutigen Terrorismus erfolgt nun die noch schwerer fassbare „hybride Bedrohung“. Die andere Sicht ist ein ursachenorientierter Ansatz. Globale Probleme sind u.a. Klimawandel, die wachsende Ungleichheit, Armut und – ja natürlich – Rüstungsdynamiken. Es mangelt auch international an der zentralen Währung in der Politik: Vertrauen. Also warum ständig mehr Muskeln, um über Konflikte drüberzubügeln?

Armee quo vadis?

Hier wird vorgeschlagen, der UNO und der OSZE permanent 2000 Soldaten mit einem eindeutigen

Mandat für Humanitäres, Beobachtungsmissionen und Abrüstung zur Verfügung zu stellen. Das bedeutet beispielsweise Minenräumung, militärisches Know-how zur Einhaltung des Chemiewaffenverbots oder des künftigen Atomwaffenverbotsvertrages. Der Beitrag ist absolut kein Pappentier. Österreich zahlt und bildet aus, die UNO setzt demgemäß ein. Der Bedarf an ständigen UN-Truppen ist gegeben, die Realisierung scheiterte bislang am nationalen Interessenbasar der großen Militär- und Wirtschaftsmächte. Der Vorschlag stärkt das völkerrechtliche Gewaltverbot und den Multilateralismus. Parallel setzt sich Österreich glaubwürdig für eine UN-Reform in Richtung ziviler Krisenprävention ein.

Für die Katastrophenhilfe braucht es keine Bewaffnung und sie wird zur Aufgabe eines einzurichtenden Technischen Hilfswerkes. Damit Online-Kriminelle nicht zum Flächenbrand werden, soll der Finger am Abzug vom Finger an der Tastatur so weit wie möglich entfernt sein und zur polizeilichen Aufgabe werden. Der Rest der Armee und die Waffenkammern schmelzen dahin. Weil man nach Maßgabe von Alfred Nobel nämlich genau dafür – „die Abschaffung oder Verminderung stehender Heere“ – einen Friedensnobelpreis bekommen soll.

Österreich ist von NATO- und EU-Staaten sowie der Schweiz und Liechtenstein umzingelt. Die gültige Sicherheitsstrategie aus dem Jahr 2013 legt dar: „Konventionelle Angriffe gegen Österreich sind auf

IN DIESER AUSGABE

EU-GSVP Vortrag
Francis Wurtz

>>>Seite 4 und 5

Betrifft Frieden stellt vor
Campaign to Stop Killer Robots

>>>Seite 8 und 9

Afrika:
Die Waffen nieder

>>>Seite 10 und 11

absehbare Zeit unwahrscheinlich geworden“. Angesichts der heutigen Konfliktformationen ist es gerade für einen neutralen Staat ein Gebot, Beiträge zur Verständigung und Abrüstung im Rahmen von UNO und OSZE zu leisten statt über militärische Einsatzszenarien und Interessensicherung nachzudenken. Dreimal sollte man überlegen, mit dem Schießprügel gegen die teils hochgejazzten „hybriden Bedrohungen“ zu Felde zu ziehen. Ursachenanalyse und intelligente internationale Antworten betonen die Vorzüge des aktiv Neutralen. Das Bundesheer wird nicht überflüssig, aber es verändert sein Leitbild.

Zivile Fachkräfte

Österreich sollte da Beiträge leisten, wo die EU viel zu schwachbrüstig ist. 80 % des gesamten Personals in EU-Einsätzen waren bislang Militärs und das zivile Personal ist seit 10 Jahren kontinuierlich rückläufig. Österreich sollte – so der Vorschlag – 3000 zivile Kräfte im Rahmen der EU, der OSZE und der UNO entsendebereit halten und sich über Polizeikräfte hinaus für ein EU-Finanzierungsinstrument engagieren.

Nichtstaatliche Friedensfachkräfte tragen ergänzend im Rahmen eines Zivilen Friedensdienstes – er findet sich im neuen Regierungsprogramm – in einem Gemeinschaftswerk von Zivilgesellschaft und Staat zur Gewaltprävention und Friedensförderung bei. Das Setzen auf zivile Kampagnen ist kein Gutmenschenprogramm. Ein logischer ziviler Paradigmenwechsel generiert einen Mehrwert in der internationalen Politik. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass gewaltfrei in den letzten Dekaden schlicht und einfach erfolgreicher war.

Thomas Roithner ist Friedensforscher und Privatdozent für Politikwissenschaft.

Redaktion: Sein Buch „Verglühtes Europa? Alternativen zur Militär- und Rüstungsunion“ erschien 2020 in der 2. Auflage bei myMorawa (Besprechung betrifft frieden 4/2019). Bei Veranstaltungen ist das Buch sehr gefragt. Sogar beim Friedensratschlag Kassel (Dez. 2019) wurden alle mitgebrachten Exemplare verkauft.



Wohin marschiert das Bundesheer? In die Richtung der X-ten Reform und milliardenschwerer Beschaffungen, zweifelhafter Kooperationen mit NATO und EU und problematischer Auslandsmissionen (Symbolbild ISAF Afghanistan)?

Oder in die Richtung einer seriösen Diskussion für einen grundsätzlichen Wandel in ein abgespecktes, neutralitätstaugliches „Friedensheer“ und einer Aufwertung Ziviler Friedensdienste?

Bilder: Archiv betrifft frieden

Liebe Leserinnen und Leser!

Frankreich ist heute das einzige EU-Land mit einem eigenen Atomwaffenpotential. Präsident Macron hat die Diskussion über einen **europäischen Atomschirm** bei einer Rede vor Offiziersanwärtern am 7.2.2020 neu befeuert. Er drängte die Europäer zu einem „strategischen Dialog über die Rolle der atomaren Abschreckung für unsere gemeinsame Sicherheit“.

Macron könnte damit eine Veränderung der französischen Nukleardoktrin gemeint haben, in Form einer Erweiterung des derzeitigen „strikten Minimums“ an französischen Nuklearwaffen (Flugzeuggbomben und U-Bootraketen) und einer Art von nuklearer Teilhabe anderer Staaten. Die Hoheit über das Nuklearpotential müsse aber bei Frankreich bleiben. Er forderte dafür auch eine finanzielle Beteiligung an den Kosten. Grundsätzlich müsse die Verteidigung Priorität in den Budgets der EU-Staaten genießen. NATO-Generalsekretär Stoltenberg reagierte mit der Bemerkung, es dürfe neben den NATO-Atomwaffen keine EU-Parallelstruktur geben.

Dieser Tage wurden **25 Jahre österreichische NATO-Partnerschaft für den Frieden (PfP)** „gefeiert“. 1995 unterzeichnete Alois Mock das erste Rahmenabkommen mit der NATO. In der PfP werden bilaterale Abkommen über Vorhaben und Wünsche beider Partner festgelegt. PfP ermöglicht unsere Teilnahme an NATO-geführten Operationen, an Standardisierungs- und Planungsprozessen und an Ausbildungsvorhaben. Zuletzt hat die Türkei unser Abkommen aus diplomatischen Gründen blockiert. Ministerin Tanner bekannte sich kürzlich zur PfP. Die NATO sei integraler Teil der europäischen Sicherheitsarchitektur, hieß es in der Aussendung.

Beim einem **Friedensgottesdienst** am 9.2.2020 in der Donaacitykirche wurde mit dem Ökonomen Dr. Christian Reiner über die Zusammenhänge zwischen Klimakrise, wirtschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit und Frieden gesprochen. Klimaerwärmung und Dürre zusammen mit kriegerischen Konflikten führen immer öfter zu Fluchtbewegungen. Gerade die Armen haben kaum Möglichkeiten sich dieser Ver-

änderungen zu entziehen. Die Messe wurde von Pax Christi und der Friedensbewegung mitgestaltet. In der **Langen Nacht der Kirchen** am 5.6.2020 wird dieses Thema vor Ort vertieft.

In unserer Rubrik „betrifft frieden stellt vor“ finden sie die **„Campaign to Stop Killer Robots Austria“**.

Die Redaktion von betrifft frieden wird einen Rundbrief mit einem Zahlschein für das Abonnement bzw. den MB (Österr. Friedensrat) 2020 wegen der bevorstehenden Portoerhöhung bereits im März aussenden. Bitte unterstützen Sie uns mit Ihren Beiträgen.

*Manfred Sauer,
Chefredakteur*

MAD deckt rechtsextreme Umtrieb beim Militär auf

Der deutsche Militärische Abschirmdienst (MAD) hat bereits vor Monaten eine Arbeitsgruppe gebildet, die Rechtsextremismus in der Armee aufspüren soll. Ende Dezember 2019 wurde bekannt, dass zwei Unter- bzw. Stabsoffiziere aus dem Truppenteil KSK (Kommando Spezialkräfte) suspendiert wurden. Bei weiteren 20 Verdachtsfällen wird ermittelt. Es zeigt, dass besonders Spezialeinheiten hier Anfälligkeiten zeigen. Hitlergruß und andere einschlägige Aktivitäten sind nicht selten. Verteidigungsministerin A. Kramp-Karrenbauer sagte, die KSK habe als Aushängeschild der Truppe besondere Verantwortung, Tendenzen zur Radikalisierung entgegen zu treten. Auch hierzulande können radikale, gewaltbereite rechte Netzwerke nicht ausgeschlossen werden.

MILITARISIERUNG DER EU UND EUROPÄISCHE FRIEDENSPOLITISCHE GEGENWEHR

**Sinngemäße Zusammenfassung eines Vortrags von Francis Wurtz beim 26. Friedensrat-
schlag 2019 in Kassel.**

Francis Wurtz argumentiert fünf Herausforderungen für „Friedenskämpfende“ um in der aktuellen gefährlichen internationalen Situation Fortschritte zu erzielen:

1. Er bezeichnet die NATO als illegitime und gefährliche Organisation, deren Auflösung unser Ziel sein müsse. Er zitiert die harsche Kritik von Emmanuel Macron an der NATO, der aber damit meinte, dass es heute notwendig sei, eine starke europäische Verteidigung, gemessen an der Stärke der USA, zu erreichen.

Wurtz dagegen fordert eine friedliche Kooperation anzustreben, die die Sicherheit aller Länder, unabhängig von der politischen Orientierung ihrer Regierungen einbezieht. Das müsse z.B. besonders zwischen EU und Russland der Fall sein.

2. Eine der wichtigsten Herausforderungen bedeutet der Kampf für das Verbot der Atomwaffen. Wurtz erinnert daran, dass der Vertrag zum Verbot von Nuklearwaffen vom 7. Juli 2017 dann von einer Mehrheit in der UNO angenommen wurde. Besonders würdigt er die Erklärung von Papst Franziskus im Friedenspark von Nagasaki, in der er nicht nur die Verwendung der Atomwaffen als „Verbrechen“ bezeichnete, sondern auch deren Besitz als „unanständig“ verurteilte. Somit hat der Papst auch das offizielle Konzept der „Abschreckung“, worauf sich die Atommächte beziehen, abgelehnt.

3. Mehr Informationen über die „Europäische Verteidigung“ sind unbedingt notwendig. Wurtz zeigt die gefährliche Entwicklung, beginnend mit dem „Vertrag von Maastricht“ 1992, über die „Petersberg-Aufgaben“ im „Vertrag von Amsterdam“ 1997, die Planung der „EU-Battlegroups“ ab 1999, die Etablierung militärischer Befehlsstrukturen ab 2000. Ab 2002 kann durch die „Berlin Plus“-Vereinbarung zwischen NATO und EU die EU unter bestimmten Bedingungen über militärische Ausrüstung der NATO verfügen.

Nach Beginn des Irak-Krieges 2003 folgt die „Europäische Sicherheitsstrategie“, wodurch die Kräfte der USA und Europas im Dienste des „Guten“ in der Welt dienen können. Es soll von 2003 bis 2010 die Fähigkeit aufgebaut werden, dass 60.000 Soldaten innerhalb einer Frist von 60 Tagen für Operationen außerhalb der EU für die Dauer eines Jahres mobilisiert werden können. 2004 wurde die „Europäische Verteidigungsagentur“ gegründet und seit 2005 ein Verbindungsteam der NATO im Militärstab der EU installiert.

2007 integrierte der „Vertrag von Lissabon“ mehrere neue Bestimmungen wie die „Permanente Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) und die „Petersberg-Aufgaben“ werden zum Kampf gegen „Terroristen“ erweitert. Ende 2017 ist PESCO aktiviert. 25 von 28 Staaten (Anm.: Dänemark, Malta und Großbritannien nehmen nicht teil) machen dabei mit. Über dreißig Projekte sind seither vereinbart. Sie betreffen Ausbildung, Kapazitätsentwicklung so wie operative Vorbereitung auf die Verteidigung.

Über einen Verteidigungsfonds hat die EU-Kommission einen Haushalt von mehr als 13 Milliarden Euro von 2021 bis 2027 vorgeschlagen.

Emmanuel Macron und Angela Merkel sprachen 2018 davon, eine „echte europäische Armee“ zu gründen. Einige Monate später haben sich neun Staaten (Frankreich, Deutschland, Belgien, Niederlande, Spanien, Portugal, Dänemark, Estland und trotz Brexit Großbritannien) für die Gründung der vom Marcon vorgeschlagenen „Europäischen Interventionsinitiative“ engagiert.

Die Projekte gehen immer weiter! Das sind keine Papiertiger. 2020 muss man alles tun um darüber zu informieren und Alarm zu schlagen.

4. Waffenexporte und das Wettrüsten müssen in den Fokus unserer Informationen und Argumente rücken. Das gilt für die Zusammenarbeit Frankreichs und

Deutschlands in diesen Bereichen. Ihr gemeinsames Ziel ist, die Kriegswaffen der Zukunft gemeinsam herzustellen. Es geht nicht nur um Wirtschaft, sondern um die Glaubwürdigkeit der Diplomatie und der Demokratie. Je mehr ein Land seine Militärausgaben erhöht, desto mehr Waffen werden erzeugt und natürlich auch eingesetzt.

5. Besonders müssen die militärischen Interventionen der europäischen Länder aufgezeigt werden, die „externen Operationen“. Afrika wird davon besonders heimgesucht, speziell mit französischen Einsätzen. Friedliche Hilfen einzusetzen wäre auch hilfreich für den Aufbau eines friedlichen Europas. Ein friedliches Europa muss eine internationale Aktion für eine menschliche Regulierung der Migration finden, für die Anerkennung des Rechts auf Mobilität in der heutigen Welt. Ein friedliches Europa muss bei anhaltenden Konflikten breite politische Koalitionen bilden, um für die Einhaltung des internationalen Rechts der UNO zu sorgen.

Francis Wurtz (Frankreich) war seit 1979 Abgeordneter des Europäischen Parlaments und dort von 1999 – 2009 Vorsitzender der Fraktion „Vereinigte Europäische Linke“

Der Text seines Vortrags beim Kasseler Friedensratschlag (Dezember 2019) wurde von Elke Renner gekürzt und sinngemäß zusammengefasst.

ABONNEMENT BETRIFFT FRIEDEN:

Abonnenten und Neuabonnenten ersuchen wir zwecks ABO – Registrierung in unserer Adressdatei um Mitteilung unter pax.vienna@chello.at oder ÖFR, Rosensteingasse 69/6, 1170 Wien. Adressänderungen bitte ebenfalls dort bekanntgeben.

Jahresbezug betrifft Frieden (4 Ausgaben) Euro 16.-- (erm. Euro 10.-- nach Rücksprache). Mitgliedsbeitrag ÖFR inkl. Zeitung Euro 24.-- (erm. Euro 15.--). Spenden werden gerne entgegengenommen.

BV: BKAUATWW ÖFR Kennwort Zeitung IBAN AT15 1100 0002 6371 8900



Friedensratschlag 2019 Kassel

Bild: Archiv betrifft Frieden

NEIN ZUM KRIEG, ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN, ATOMWAFFEN VERBIETEN

Vom 7. - 8. Dezember 2019 fand in Kassel der 26. Friedensratschlag statt. Engagierte Gruppen und friedensbewegte Menschen aus Deutschland und den Nachbarländern trafen sich zu dieser Konferenz. Die Veranstaltung war außergewöhnlich gut besucht, exzellent organisiert und mit über dreißig Plenums- und Workshopveranstaltungen thematisch breit aufgestellt. Neben Sachthemen wurden auch Konfliktregionen beleuchtet und zahlreiche Aktionsvorhaben für 2020 geplant. Auffallend war die Verbreiterung in der Friedensarbeit durch die Teilnahme von Aktivist*innen aus der Umweltbewegung und von den Gewerkschaften. Das wäre auch in Österreich wünschenswert.

Einige wenige Beispiele aus den Vorträgen und Workshops:

Die frühere Bischöfin der deutschen evangelischen Kirche, Margot Käßmann, hielt ein vielbeachtetes Referat. Sie sagte u.a. „Krieg und Gewalt kann durch keinen Gott legitimiert werden“ und „Wir können nicht Kriege beklagen, und gleichzeitig daran verdienen.“

Der Völkerrechtler Norman Paech sprach beim Thema Atomwaffen die aktuelle Situation an (Ende des INF-Vertrags, Iran-Deal, Auslaufen des New Start-Vertrages etc.) Das Thema ist in Deutschland durch die Atomwaffenstationierung sehr präsent. Schon 64 Städte und 4 Landkreise haben sich dagegen ausgesprochen.

Jürgen Scheffran (Inst. für Geographie der Uni. Hamburg) gab einen umfassenden Überblick zu Umwelt, Nachhaltigkeit und Frieden. Die Ausbeutung der Ressourcen und damit die Verseuchung der Umwelt und die Eingriffe in die Natur haben nicht zuletzt auch mit Militär und Rüstung zu tun.

Im Workshop zur Abrüstung konnte eindrucksvoll aufgezeigt werden, wie aktiv 2019 gegen die Rüstungskonzerne vorgegangen wurde. Gegen Rüstungsexport gab es zahlreiche Protestveranstaltungen und Kunstinstallationen, Prozesse gegen Firmen wegen illegalem Export (Heckler & Koch, SIG

Sauer) und kritische Fragen in den Hauptversammlungen durch Rüstungsgegner als Aktienbesitzer.

In den Gewerkschaften Verdi und IG Metall bilden sich Friedensarbeitskreise und es sollen Friedenthemen in Bildungsprogrammen und Publikationen Eingang finden. Allerdings ist auch zur Kenntnis zu nehmen, dass sich Friedensarbeit in den Gewerkschaften oft nur in Resolutionen und Überschriften ausdrückt. Noch immer hat Arbeitsplatzsicherheit Vorrang und wird Konversion im Rüstungsbereich nur theoretisch diskutiert. So wie auch Umweltgruppen (z.B. Greenpeace) wollen die Verbände aber an den Ostermärschen und den Protesten gegen das NATO-Manöver DEFENDER 2020 teilnehmen.

In der Schlussdiskussion erinnerte Kathrin Vogler (MdB Die Linke) daran, in welchen Bereichen (Soziales, Gesundheit, Bildung) Geld fehlt, während für Rüstungsbeschaffung und Revitalisierung alter Kasernen unbegrenzt Mittel gefordert und bereitgestellt werden.

2020 gibt es wieder zahlreiche Anlässe für Friedensarbeit: Münchner Sicherheitskonferenz (Februar), von März bis August die Widerstandscamps in Büchel (USA-NATO Atomwaffenstützpunkt), 50 Jahre Atomwaffen-Nichtverbreitungsvertrag mit der Überprüfungskonferenz in New York (April-Mai), 40 Jahre Krefelder Appell (November) und 30 Jahre START-Vertrag zur Reduktion der AW (Dezember) und vieles mehr.

Materialien und Dokumentationen:

www.friedensratschlag.de

Manfred Sauer

TERMINAVISO

DOKUMENTATIONS- UND KOOPERATIONS-
ZENTRUM SÜDLICHES AFRIKA
SADOCC (www.sadocc.at)

NELSON MANDELA – TAG 18. Juli 2020:
Kulturwanderung in der Seestadt.
Nelson Mandela-Platz (U2 Station Aspern Nord),
1220 Wien

derzeit in Planung

Umfangreichstes NATO-Manöver seit langem hat begonnen. Den großen Krieg auf europäischen Boden vorbereiten und üben!

Im Februar 2020 beginnt das größte NATO-Manöver seit Ende des Kalten Krieges. Am 15.1. sind erste Truppenteile aus Großbritannien im Hafen von Antwerpen gelandet. Beim Manöver DEFENDER 2020 werden rund 37.000 Militärs aus 18 Staaten (16 NATO-Mitglieder sowie Finnland und Georgien) bis in den Mai 2020 auf europäischen Boden die Truppenkonzentration in Richtung russischer Grenze üben. Allein aus den USA werden 20.000 Soldaten mit der gesamten Ausrüstung über den Luft- und Seeweg nach Europa verlegt. Ein enormer logistischer und finanzieller Aufwand zur Beruhigung Polens und der baltischen Staaten und zur militärischen Drohhaltung gegenüber Russland. Schon jetzt gibt es Truppenstationierungen und regelmäßige Austauschrotationen von NATO-Kräften in Polen und Litauen.

33.000 Fahrzeuge und Container werden 4.000 km weit transportiert. Die Verteilerzentren befinden sich in Deutschland, Belgien und Polen. Hafenskapazitäten, Truppenübungsplätze und aufgebaute Tanklager, vornehmlich nächtliche Schienen- und Straßentransporte (bis zu 130 t Einzellast) in Richtung Osten sollen einen reibungslosen Transfer ermöglichen. Es gibt ein Projekt, in dem Straßen und Bahnlinien für Transporte geprüft und „panzerfit“ gemacht werden.

Zahlreiche Proteste und Blockaden der Friedensbewegungen sind geplant. Bei Redaktionsschluss gab es keine Anzeichen dafür, dass auch Transporte über Österreich laufen, was nach dem Truppenstatut möglich und im Frieden genehmigt wird. Immerhin ist die Logistikschule des Bundesheeres beim Thema Transport und Versorgung am Gefechtsfeld in enger NATO-Kooperation.

Papst Franziskus: Klare Worte gegen Atomwaffen

Anlässlich seiner Japanreise im November 2019 forderte der Papst in Nagasaki den „erneuten Einsatz gegen das Wettrüsten und gegen Atomwaffen“ sowie ein Festhalten an Abrüstungs- und Verbotsabkommen. Die hohen Rüstungsausgaben angesichts von Armut und Klimaproblemen nannte Franziskus „himmelschreiend“. Ebenso klar distanzierte sich Franziskus vom Prinzip der Abschreckung. „Die Welt lebt in der perversen Annahme, Stabilität und Frieden auf der Basis einer falschen, von einer Logik der Angst und des Misstrauens gestützten Sicherheit verteidigen und sichern zu wollen.“

Hier und später in Hiroshima gedachte der Papst den zahlreichen Opfer der Atombombenabwürfe 1945. In Hiroshima verurteilte Papst Franziskus nochmals klar den Bau und den Besitz von Kernwaffen. „Der Einsatz von Atomenergie zu Kriegszwecken ist ein Verbrechen, heute mehr denn je“, und der Besitz solcher Waffen sei „unmoralisch“. „Der wahre Friede kann nur ein waffenloser Friede sein.“

Mehr Schutz für Klimaflüchtlinge

Einem Klimaflüchtling von der gefährdeten, pazifischen Insel Kiribati wurde in Neuseeland kein Asyl gewährt. Nach seiner Ausweisung reichte er Klage ein. Der UN-Menschenrechtsausschuss urteilte zwar im Fall negativ, erkannte aber, dass Flucht aus Klimagründen in künftigen Rechtsverfahren ein gültiges Argument sein müsse. Im Falle einer konkreten Lebensgefahr der Flüchtenden sollte Asyl gewährt werden.

Status Atomwaffen- verbotsvertrag

Bis 6. Februar 2020 haben 80 Länder unterschrieben und 35 Staaten ihre Ratifikationsurkunden bei der UNO hinterlegt. Zum Inkrafttreten des Vertrags sind 50 Ratifizierungen erforderlich. Möglich ist, dass weitere Staaten rund um die Überprüfungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag NPT im Frühjahr ratifizieren.

AUSTRIA CAMPAIGN TO STOP KILLER ROBOTS

ROBOTER SOLLEN NICHT TÖTEN DÜRFEN!

Der neu gegründete österreichische Zweig der International Campaign to Stop Killer Robots setzt sich für ein Verbot von autonomen Waffensystemen ein.

Man nennt sie Killer Roboter: Autonome Waffen, die ausgestattet mit künstlicher Intelligenz in Zukunft Menschen die Entscheidung über Leben und Tod abnehmen sollen. Am 29. Jänner 2020 wurde die **Campaign to Stop Killer Robots (KRC) Austria** bei einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem Strategic Think & Do Tank SHABKA und dem International Institute for Peace (IIP) bei einer hochkarätigen Podiumsdiskussion zum Thema autonome Waffensysteme erstmalig vorgestellt.

„Wenn Staaten jetzt nicht handeln, wird der Grad der Autonomie wachsen, das heißt die Entscheidungsgewalt über Leben und Tod wird mehr und mehr an Computerprogramme abgegeben“ so die Vertreterin der österreichischen Kampagne, Marit Alex. Ich argumentierte für ein umfassendes Verbot, da es die einfachste und realistischste Möglichkeit wäre, um den Risiken der Produktion und Entwicklung autonomer Waffensysteme entgegenzuwirken und betonte dabei besonders die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft bei diesem Bestreben, bevor ich zur Unterstützung der Kampagne aufrief.

Völlig autonome Waffen würden nicht über das menschliche Urteilsvermögen verfügen, das zur Be-

urteilung der Verhältnismäßigkeit eines Angriffs, zur Unterscheidung von Zivilisten und Kombattanten und zur Einhaltung anderer Kernprinzipien der Kriegsgesetze erforderlich ist. Als Maschinen würden ihnen die inhärent menschlichen Eigenschaften wie Mitgefühl fehlen, die notwendig sind, um komplexe ethische Entscheidungen zu treffen, was eine moralische Schwelle überschreitet.

Auch ist unklar, wer, wenn überhaupt, für rechtswidrige Handlungen verantwortlich gemacht werden könnte, die durch eine völlig autonome Waffe verursacht werden: der Programmierer, der Hersteller, der Kommandant oder die Maschine selbst? Diese Lücke in der Rechenschaftspflicht würde es schwierig machen, Gerechtigkeit zu gewährleisten, insbesondere für die Opfer.

Sollte es für autonome Waffensysteme nicht bald ein internationales Verbot geben, ist abzusehen, dass sie flächendeckend eingeführt werden, was zu Verletzungen des Kriegsvölkerrechts, zu unkontrollierbaren Cyberwar Angriffen bis hin zu einer Gefährdung der Stabilität und des Friedens weltweit führen wird, da der Einsatz von Robotern die Hemmschwelle der Kriegsführung erheblich senken würde.

BETRIFFT FRIEDEN STELLT VOR

Verbotsvertrag ist ein Wettlauf mit der Zeit

Auf UNO und NGO Ebene wird verstärkt ein Verbot von autonomen Waffensystemen gefordert, doch müssen dem unverbindlichen Meinungs austausch der Staatengemeinschaft nun formale Verhandlungen folgen.

Österreich hat zusammen mit Brasilien und Chile bei den Gesprächen in Genf einen Entscheidungsantrag für ein Verbot von autonomen Waffensystemen eingebracht, und hält somit eine Vorreiterrolle unter den insgesamt 30 Ländern, die sich für ein Verbot aussprechen.

Neben der International Campaign to Stop Killer Robots als globaler Zusammenschluss von 140 Organisationen in 61 Ländern, Empfehlungen des Europäischen Parlaments, einer Verbotsaufforderung des Vatikans sowie offenen Briefen von über 4.500 Experten für Künstliche Intelligenz und rund 240 Technologieunternehmen setzt sich auch das Internationale Komitee vom Roten Kreuz dafür ein, Grenzen für autonome Waffensysteme zu schaffen.

Die Campaign to Stop Killer Robots Austria ist der österreichische Zweig der internationalen Kampagne und setzt hierzulande besonders auf die Aufklärung und tatkräftige Unterstützung der Zivilgesellschaft, um Österreichs Vorreiterrolle noch weiter zu stärken und so ein internationales Verbot dieser Waffen zu erreichen.

Marit Alex (KRC Austria)

Nähere Informationen sowie kommende Veranstaltungen sind auf der Homepage <http://krcaustria.at/>

sowie auf Facebook www.facebook.com/krcaustria zu finden.

Kontaktmöglichkeit über Mail: office@krcaustria.at



MELDUNGEN

US-Präsident Trump weicht Ottawa-Convention auf

Am 31.1.2020 verkündete Donald Trump, das Verbot des Landminen-Einsatzes seines Amtsvorgängers Obama (2014) aufzuheben. Bei „außergewöhnlichen Umständen“ sei der US-Armee der Einsatz moderner Landminen wieder gestattet. Es soll den Streitkräften die Flexibilität und die Fähigkeit gegeben werden, die sie zum Sieg brauchen, hieß es aus dem Weißen Haus. Es würden nur moderne Minen eingesetzt werden, die aus der Entfernung gesteuert werden können und die sich nach 30 Tagen selbst zerstören.

Eine Welle der internationalen Kritik und des Entsetzens war die Folge. Trump tritt abermals internationale Regeln mit Füßen. Damit wird die

Ottawa-Convention zum Verbot von Antipersonenminen (1997) aufgeweicht. Ein fatales Signal, das eine mögliche Kettenreaktion befürchten lässt. 164 Staaten haben unterschrieben, um das Töten und das Verstümmeln von meistens Zivilpersonen in und lange nach Konflikten zu beenden sowie die ausgelegten Minen und die Vorräte zu vernichten und die Produktion einzustellen. Heute setzen nur mehr wenige Länder und viele nichtstaatliche Akteure auf den Minenkrieg. Wie schon bei der Streumunition sind Vorrichtungen zur Selbstzerstörung oft fehleranfällig, und die Minen bleiben aktiv. Denn noch immer gilt für die Tötungsindustrie, mit der Trump aufs engste verbunden ist: billig produzieren (teuer verkaufen) geht vor Sicherheit.

AFRIKA: DIE WAFFEN NIEDER !

von Zipporah Musau

Die Kampagne „Silencing the Guns by 2020“ der Afrikanischen Union (AU) will die Konflikte auf dem Kontinent beenden und dauerhaften Frieden ermöglichen. Das Vorhaben kommt einer Mammutaufgabe gleich: Pro Jahr verlieren eine halbe Million Menschen auf dem Kontinent durch Waffengewalt das Leben.

Die Wurzeln von „Silencing the Guns by 2020“ liegen im Jahr 2013. Damals versammelten sich Vertreter der AU-Mitgliedsstaaten, um das 50-jährige Bestehen der Organisation zu feiern. Anlässlich der Zeremonie in Addis Abeba setzten sich die Staats- und Regierungschefs zusammen, um über die größten Herausforderungen in Afrika zu beraten.

Die meisten waren sich einig darüber, dass die bewaffneten Konflikte eines der größten Hindernisse für die erfolgreiche Umsetzung des AU-Entwicklungsplans Agenda 2063 darstellt. „Bevor die AU-Vertreter Addis Abeba verließen, beschlossen sie, die Last von Konflikten nicht auf künftige Generationen zu übertragen“, erzählt Aïssatou Hayatou, Koordinatorin der Kampagne.

Hayatou bezeichnet „Silencing the Guns by 2020“ als eines der Vorzeigeprojekte der Agenda 2063. Ziel der Kampagne sei es, den Kontinent von Kriegen, gewaltsamen Konflikten, Menschenrechtsverletzungen und humanitären Katastrophen zu befreien. Dazu sollen auf dem Kontinent all jene Herausforderungen adressiert werden, die zu Waffengewalt führen: Arbeitslosigkeit, Armut, Klimawandel, illegale Kapitalflüsse, Korruption und Ungerechtigkeit sollen der Kampf angesagt werden.

Licht und Schatten

In den letzten zwei Jahrzehnten wurden Konflikte an Brennpunkten wie Angola, Côte d'Ivoire, Liberia und Sierra Leone beendet. Laut dem in Addis Abeba ansässigen „Institute for Security Studies“ (ISS) wurden selbst in schwierigen Ländern wie Somalia und Sudan erhebliche Fortschritte erzielt.

Doch gab es auch Rückschläge: In Libyen, im Südsudan, in der Zentralafrikanischen Republik, im Osten der Demokratischen Republik Kongo und im Tschadbecken sind Kämpfe nach wie vor zu beobachten. Auch der gewaltsame Extremismus in der Sahelzone, am Horn von Afrika sowie in Teilen von Ostafrika ist eine Herausforderung.

Dazu kommen Bedrohungen durch Terrorismus und grenzüberschreitende Kriminalität. Dazu zählen Konflikte zwischen Hirten und Bauern um Wasser und Weideflächen, Gewaltverbrechen in der Stadt und Viehdiebstahl geben ebenfalls Anlass zur Sorge: Immer häufiger kommen dabei tödliche Schusswaffen zum Einsatz, während traditionelle Waffen wie Speere oder Pfeilbögen stark am Rückzug sind.

Tödliche Kleinwaffen

Laut der Oxfam-Studie „The Human Cost of Uncontrolled Arms in Afrika“ (2017) sterben auf dem Kontinent jedes Jahr mindestens 500.000 Menschen infolge bewaffneter Gewalt und Konflikte, Millionen werden missbraucht oder vertrieben.

„Gewehre sind die beliebteste Waffe auf dem Kontinent. Sie verursachen mehr Todesfälle als Bomben, Granaten oder Minen. Die AK-47 ist nach wie vor das gefährlichste Tötungsinstrument in Afrika“, sagt Hayatou. Sie ergänzt, dass ein beträchtlicher Teil der legal importierten Waffen durch Korruption in die falschen Hände gelangt sind.

Oft werden die Waffenbestände von Regierungen geplündert und Militärs oder Polizisten für ihre Waffen getötet. Besorgniserregend ist auch die beträchtliche Zahl von Waffen aus Libyen, die zuvor dem Regime von Muammar Gaddafi gehörten und jetzt in der Sahelzone gelandet sind. Viele dieser Kleinwaffen befinden sich in den Händen von separatistischen Rebellen im Nordmali.

Der „Weapons Compass“ (2019) des Genfer Forschungszentrums „Small Arms Survey (SAS) und

FRIEDENSPROJEKTE

der AU kam zum Ergebnis, dass sich 80 Prozent aller Kleinwaffen im Besitz von Zivilisten einschließlich Rebellengrupen und Milizen befinden. Diese Gruppe besitzt mehr als 40 Millionen Kleinwaffen und leichte Waffen, während staatliche Einrichtungen nur über elf Millionen Kleinwaffen verfügen.

Hauptabnehmer in Nordafrika

Die meisten Waffen werden importiert. Die offiziellen Militärausgaben des Kontinents beliefen sich nach ISS-Angaben im Jahr 2018 auf rund 40,2 Milliarden US-Dollar, wobei Nordafrika 22,2 Milliarden US-Dollar und Subsahara-Afrika 18,8 Milliarden US-Dollar ausgab.

Die wichtigsten Waffenlieferanten für Afrika zwischen 2014 und 2018 waren laut „Stockholm Peace Research Institute“ (SIPRI) Russland, China, die Ukraine, Deutschland und Frankreich. Die größten Abnehmer waren Ägypten, Algerien und Marokko.

Die „SIPRI Arms Transfer Database“ bietet Informationen zu allen Lieferungen wichtiger Waffengattungen an Staaten, internationale Organisationen und nichtstaatliche Gruppierungen.

22 afrikanische Länder stellen auch verschiedene Arten von Kleinwaffen und leichten Waffen selbst her. Die Produktion auf dem Kontinent ist weit verbreitet. Berichten zufolge heizen diese Waffen in einigen Ländern die Kriminalität an.

Während afrikanische Länder den Kauf legaler Waffen kontrollieren können, ist es schwierig, den illegalen Handel auf dem Kontinent zu verfolgen. Durchlässige Grenzen und lange Küsten machen es relativ einfach, Kleinwaffen zwischen Ländern zu schmuggeln. Auch gibt es Bedenken, wie gut die nationalen Rüstungsbestände verwaltet und vor dem Zugriff unberechtigter Personen geschützt werden.

Zipporah Musau ist die Chefredakteurin von Africa Renewal der Vereinten Nationen (<https://www.un.org/africarenewal/>), einer Partnerzeitschrift von afrika.info. Der Originalbeitrag ist in der Ausgabe Dezember 2019 – März 2020 erschienen. Ein Abdruck des Beitrags bleibt der Erlaubnis durch afrika.info vorbehalten.

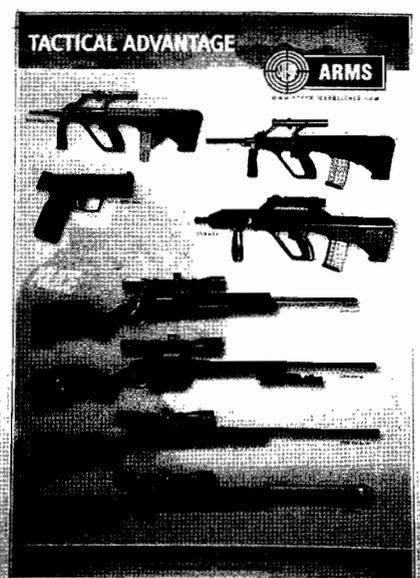
Wir bedanken uns bei afrika.info (Dr. Martin Sturmer) für die Druckfreigabe des Artikels für betrifft friedens.

afrika.info
Die Perspektive
des Kontinents

Franz-Josef-Straße 19,
5020 Salzburg

Mail:
ms@afrika.info

Website:
<https://afrika.info/>



*Bild rechts:
Kein kriegsrischer Konflikt ohne Kleinwaffen*

Bild: Archiv betrifft friedens

TERMINE

Rosa Luxemburg-Konferenz 2020

VHS Hietzing, Hofwiesengasse 48, 1130 Wien
(Linie 60, 62)

13. März – 14. März 2020

www.rosaluxemburgkonferenz.at

Fr. 13.3.2020

1) 16-17.30 Uhr Workshop: „**Vor welchen gemeinsamen Herausforderungen stehen Friedens- und Klimabewegung**“ Solidarwerkstatt Linz. Kursraum (KR) 9

2) 18-19.30 Uhr „**Friedensarbeit in Österreich**“ Ab-FaNG. KR 6

Sa. 14.3.2020

1) 10.30-12 Uhr Vortrag: „**Atomwaffen ächten und verbieten**“ Manfred Sauer (Zeitung betrifft Frieden). KR 3

2) 15-16.30 Uhr Buchpräsentation: „**Krise am Golf - Hintergründe, Analysen, Berichte**“ Promedia Verlag. KR 1

3) 15-16.30 Uhr Workshop: „**Aufrüstung in Österreich**“ Anne Rieger (GLB). KR 6

Friedensinitiative 22

Donaucitykirche, Donaucitystraße 2, 1220 Wien (U1 Kaisermühlen/VIC), Pfarrzentrum (Zugang hinter der Busstation)

Di. 17. März 2020, 19 Uhr LATEINAMERIKA ZWISCHEN REVOLUTION UND REAKTION. Dr. Leo Gabriel (Anthropologe und Journalist)

Impressum:

MedieninhaberIn, HerausgeberIn, VerlegerIn: Verein Österreichischer Friedensrat. ZVR-Zahl 480457902
alle: 1170 Wien, Rosensteingasse 69/6
Gestaltung dieser Ausgabe: Manfred Sauer, Elke Renner, Ulrike Koushan, Thomas Roithner, Marit Alex, africa.info (Martin Sturmer) und Zipporah Musau
Layout: Lucia Hämmerle
Druck: Resch Druck, 1150 Wien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz, EigentümerIn zu 100% Verein Österreichischer Friedensrat.

Blattlinie: Die Zeitung ist Organ des oben genannten Vereines. Sie tritt in ihren Artikeln für Frieden, Abrüstung, Völkerverständigung und soziale Gerechtigkeit ein.

Diese Zeitschrift ist eine Plattform für den Dialog zu aktuellen Fragen der Friedenspolitik.

**Kostenbeiträge: Österreichischer Friedensrat
ÖFR, UniCredit/Bank Austria BIC: BKAUATWW
IBAN: AT15 1100 0002 6371 8900**

Di. 14. April 2020, 19 Uhr DASS DIE WELT NICHT VERGISST – Donaustädter Frauen über den Weltkrieg. Texte, Briefe, Lieder. Ernst Toman (FI 22)

Di. 12. Mai 2020, 19 Uhr ENDLICH FRIEDEN! Das Kriegsende und die Befreiung. Dr. Winfried Garscha (DÖW)

SADOCC-Forum

Internationales Institut für den Frieden (IIP), Möllwaldplatz 5, 2.Stock, 1040 Wien (U1)

Do. 19. März 2020, 18 Uhr Ausstellungseröffnung: „Vor 30 Jahren: UNTAG-Mission in Namibia“ Podiumsdiskussion: FRIEDEN – FREIHEIT – UNABHÄNGIGKEIT: Namibia 1990 – 2020 u.a. mit Botschafterin Nada Kruger, Dr. Peter Jankowitsch (Außenmin. a.D.)

SADOCC, Favoritenstraße 38/Stiege 18/1, 1040 Wien (U1, 13 A)

Do. 16. April 2020, 19 Uhr „True Crime in the Kalahari?“ Eine Spurensuche zwischen Fiktion und Wirklichkeit bei den San. Buchpräsentation: Manuela Zips-Mairitsch

TERMINAVISO

Lange Nacht der Kirchen 5. Juni 2020 Donaucitykirche, Donaucitystraße 2, 1220 Wien
In Vorbereitung **Diskussion: Umwelt – Ökonomie – Frieden** mit Dr. Christian Reiner (Ökonom), Alois Reisenbichler (Pax Christi)

**betrifft Frieden Jahresbezug (4 Ausgaben) Euro 16.-- (ermäßigt nach Rücksprache) Euro 10.--
ÖFR-MB Euro 24.-- (erm. 15.--)**

**ÖFR, IBAN: AT15 1100 0002 6371 8900
DANK FÜR IHREN FINANZIELLEN BEITRAG
Mitteilungen an ÖFR, Rosensteingasse 69/6, 1170 Wien,
pax.vienna@chello.at
Bitte teilen Sie uns Adressänderungen mit.**

ÖFR, Rosensteingasse 69/6, 1170 Wien
Österreichische Post AG
BETRIFFT FRIEDEN Nr. 1/2020 P.b.b. MZ 20Z041963M

**Unzustellbare Exemplare bitte an:
Wiener Friedensbüro, 1050 Wien,
Reinprechtsdorfer Str. 6/2**